

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 21

Artikel: Spielregeln : wie man an schweizerischen Monopolmedien eine Sendung macht
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094827>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie man an schweizerischen Monopolmedien eine Sendung macht

SPIELREGELN

Peter Sager in eigener Sache zu einer Radio-Manipulation

Vorgeschichte

Am 18. September fragte mich Radio-Mitarbeiter Heinz Däpp telefonisch an, ob ich für eine geplante Sendung zum Thema «Grauzonen-Theorie» zwei Fragen kurz beantworten würde. Dafür sollten etwa zwei Minuten zur Verfügung stehen. Die Aufnahme wurde am 20. September gemacht. Die andern Teilnehmer an der geplanten Sen-

dung und das Sendedatum waren mir nicht bekannt.

Ohne dass mir dies angezeigt worden wäre, ist die Sendung am 30. September ausgestrahlt worden. Davon erfuhr ich erst, als sich in den folgenden Tagen dann Bekannte bei mir erkundigten, warum ich Unterstellungen nicht beantwortet habe. Darauf besorgte ich mir eine Aufnahme der Sendung. Die Transkription aus der Mundart folgt nachstehend.

den Schulen, im Militär, im Staat und vor allem auch im sozialen Bereich eintritt. Dort liegt der Hase im Pfeffer. Die bürgerlichen Parteien, die die Demokratie an der Grösse des Geldbeutels messen, möchten ablenken von den Skandalen, den tatsächlich strafbaren Handlungen in den eigenen Reihen. Sie haben Angst vor der Demokratie. Sie möchten jene anschwärzen, die am konsequentesten für den Schutz und für den Ausbau der Demokratie eintreten.»

Däpp:

«Mit dem Kommunismus befasst sich Peter Sager, Leiter des Schweizerischen Ost-Instituts und Nationalratskandidat bei der SVP, seit langem. Ich fragte ihn, wie er die Gefahr von rechtswidriger kommunistischer Agitation und Infiltration beurteile.»

Sager:

«Die Frage ist sehr schwer zu beantworten, weil ich nicht über die Informationen der Polizei verfüge und ich auch keine Möglichkeit habe, solche Informationen zu beschaffen. Nach dem was ich sehe, gibt es Anhaltspunkte bei der POCH und bei der RML, weniger aber bei der PdA. Die PdA hat sich seit zwanzig Jahren sehr stark an die demokratischen Grenzen gehalten, und wir haben keine, wir haben keine Indizien dafür, dass sie diese Grenzen überschreiten würde.»

Däpp:

«Die PdA ist also nach Auffassung von Peter Sager nicht so gefährlich, wie die POCH oder die RML. Auch diese beiden Gruppen weisen aber den Vorwurf, sie würden sich nicht an die staatsrechtlichen und demokratischen Gepflogenheiten halten, entschieden zurück. Die POCH-Kandidatin Barbara Gurtner:»

Gurtner:

«Mit so einem Ausspruch möchte Peter Sager die POCH eben genau in die sogenannte Grauzone hineindrängen, und die Leute sollten Angst vor uns kriegen. Dass er kein Beispiel gebracht hat, zeigt da, dass dies einfach nicht wahr ist. Die POCH ist eine legale Par-

Transkript der DRS I – Regionalsendung vom 30. September 1979

Weibliche Stimme:

«Wahlen 1979. Heute zum Thema Staatsschutz. Die Berner Polizei überwacht politisch radikale Personen und Gruppen auch dann, wenn kein Verdacht auf eine strafbare Handlung vorliegt. Das hat Polizeidirektor Bauder in der September-Session vom Grossen Rat ohne Umschweife bestätigt. Zwischen der eindeutig erlaubten politischen Betätigung und dem eindeutig strafbaren Verhalten, sagte der Polizeidirektor, gebe es eine Grauzone, die die Polizei beobachten müsse, wenn sie im Bereich vom Staatsschutz handlungsfähig bleiben wolle. Regierungsrat Bauder hat die Polizeimassnahmen mit einem generellen Auftrag von der Bundesanwaltschaft gerechtfertigt. Die Grauzonentheorie wird auch in anderen Kantonen diskutiert. Und im Nationalrat liegt ein parlamentarischer Vorstoss zu diesem Thema auf dem Tisch. Was meinen bernische Nationalratskandidaten zur Problematik vom Staatsschutz? Ein Bericht von Heinz Daep:»

Däpp:

«Der konkrete Fall, der im bernischen Parlament diskutiert worden ist, hat die PdA betroffen. Die Polizei hat eine öffentlich ausgeschrieben Bildungsveranstaltung von dieser Partei überwacht und einen Teilnehmer von Zürich der Zürcher Polizei gemeldet. Zwei

Jahre später ist dem jungen Mann eine Anstellung als Hilfs-Assistent an der Universität verweigert worden mit der Begründung, er habe seinerzeit an diesem PdA-Anlass teilgenommen. Was sagt man bei der PdA auf den Vorwurf, diese Partei sei staatsgefährdend? Der PdA-Kandidat Martin Schwander:»

Schwander:

«Wir haben den Regierungsrat aufgefordert, Beweise für seine skandalösen Behauptungen zu liefern. Diese Beweise sind ausgeblieben, weil es diese Beweise nicht gibt. In den Savro-Skandal, in den Banken-Skandal von Chiasso, da sind keine Mitglieder der PdA verwickelt gewesen. Der Mann, der in Steffisburg die Wahlen verfälscht hat, der war auch kein Mitglied der PdA, ebensowenig wie der Bündner Regierungsrat mit dem gefälschten Dokortitel oder die Steuerhinterzieher im Ständerat. Auch der Landesverräter Jeanmaire ist nicht von der PdA. Im Gegenteil. Im Zweiten Weltkrieg hat es bei den Kommunisten keinen einzigen Landesverräter gegeben. Und es gibt sie bei der PdA auch heute nicht. Darauf sind wir stolz. Hingegen, und darauf sind wir auch stolz, ist es sehr wohl die PdA gewesen, die an vorderster Front gegen die Busipo gekämpft hat, gegen den Abbau der demokratischen Rechte. Es ist sehr wohl die PdA, die für die Demokratie auch am Arbeitsplatz, in

tei. Unsere Praxis, und auch im Programm, stellen wir uns auf den Boden von den demokratischen Institutionen. Und wie es sich zeigt, gewinnt die PÖCH auch laufend an Sympathien in der Bevölkerung. Es passt halt nicht allen Leuten, wenn man sich für einen Ausbau der demokratischen Rechte einsetzt, und wer bestimmt eigentlich bei uns, was Demokratie ist? Nämlich immer noch so Leute wie Peter Sager, und die gehören genau zu jenen Kreisen, die Demokratie abbauen wollen.»

Däpp:

«Die linksradikalen Parteien versichern, sie hielten sich an die demokratischen Regeln und jedenfalls hat bis jetzt niemand das Gegenteil beweisen können. Die Frage ist damit noch nicht beantwortet, ob diese und andere Gruppierungen mit ungewöhnlichen politischen Zielsetzungen überwacht werden sollen. Noch einmal Peter Sager:»

Sager:

«Darf ich einmal versuchen, ganz allgemein diese Frage zu beantworten. Und zwar mit folgendem Hinweis: Eine offene demokratische Gesellschaft muss jeden Glaubensinhalt zulassen, auch den revolutionären. Aber es darf kein Vertreter eines Glaubensinhaltes Zwang und Gewalt anwenden, um seine Ueberzeugung zu verbreiten. Von dort aus gesehen ist es ganz klar, dass jemand – der durchaus zugelassen ist, revolutionäres Gedankengut zu vertreten –, dass dieser allenfalls muss überwacht werden können. Denn der Uebergang vom Gedanken zur Tat kann recht unvermittelt kommen, und dort muss der demokratische Staat sich schützen. Sonst kann das passieren, was in Weimar passiert ist; dass man viel zuwenig die Nazi-Leute überwacht hatte, und dass nachher der demokratische Staat einer Diktatur gewichen ist.»

Däpp:

«Staatsschutz ist eine problematische Angelegenheit. Was darf, was soll, was muss die Polizei in diesem Bereich machen, ohne die demokratische Auseinandersetzung undemokratisch zu beschränken? Der sozialdemokratische Nationalrat und Staatsrechts-Professor Richard Bäumlin:»

Bäumlin:

«Die Grauzonentheorie, wie sie heute in der Schweiz mehr und mehr vertreten wird, muss jedem, der klare und demokratische Auffassungen vertritt, ernstlich Sorgen machen. Grauzone. Das ist zumindest ein Gummibegriff, der gefährlich bleibt, solange man ihn nicht klarer absteckt. Nichts gegen die Ueberwachung, wenn ganz konkrete Verdachtsmomente dafür sprechen, dass bestimmte Personen zu strafbaren Handlungen übergehen könnten. Unzulässig ist aber die Meinung, jeder, der Grundsatzkritik an unserem System übe, sei deswegen auch schon im Begriff, rechtswidrige Mittel anzuwenden, weshalb man ihn überwachen dürfe. Das wäre eine ganz unakzeptable Umkehrung der Beweislast. Wenn man soweit kommt, dass jede tiefergehende Kritik an unserer Gesellschaft, zum Beispiel am Wirtschaftssystem, der Grauzone zugerechnet wird, und wenn über jeden,

10 Jahre Hilfsaktion Märtyrerkirche



Jesus für die kommunistische Welt

Vorträge mit Pfarrer R. Wurmbrand

Genf	Dienstag, 23. 10. 1979, 20.15 Uhr Salle communale de Plainpalais (Französisch)
Olten	Samstag, 27. 10. 1979, 10 und 14.30 Uhr, Hotel Schweizerhof
Zürich	Sonntag, 28. 10. 1979, 15 Uhr, Volkshaus am Helvetiaplatz
Wil SG	Dienstag, 30. 10. 1979, 20 Uhr, Tonhalle
Schaffhausen	Mittwoch, 31. 10. 1979, 20 Uhr, Hotel Schaffhauserhof
Lucern	Freitag, 2. 11. 1979, 20 Uhr, Gemeindesaal Lukas-Kirche
Steffisburg	Sonntag, 4. 11. 1979, 15 Uhr, Aula Schönau

Vorträge mit Frau Sabine Wurmbrand

Nyon	Mittwoch, 24. 10. 1979, 20.15 Uhr, Gemeindesaal (Französisch)
Basel	Donnerstag, 25. 10. 1979, 20 Uhr, Spittler-Haus, Socinstrasse 13
Zug	Samstag, 3. 11. 1979, 20 Uhr, Aula Loreto

Der Referent erlitt um seines christlichen Glaubens Willen 14 Jahre kommunistische Haft und Folter in Rumänien. Er ist Verfasser etlicher Bücher über die Christenverfolgung durch den Kommunismus und berichtet als Augenzeuge, was eine atheistisch-kommunistische Herrschaft bedeutet und wie die Christen dort leben und leiden, aber auch überwinden und siegen.

Eintritt frei – Kollekte – Büchertisch

Bitte senden Sie mir kostenlos das Buch «Gefoltert für Christus» von Pfarrer R. Wurmbrand und die Zeitschrift «Stimme der Märtyrer».

Name, Vorname Herr/Frau/Frl.

Strasse, Nr.

Postleitzahl, Nr.

Wohnort

Einsenden an: Hilfsaktion Märtyrerkirche, Postfach 169, 3601 Thun

der solche Kritik übt, geheime und unkontrollierbare Dossiers geführt werden, so geraten wir mehr und mehr in eine schleichende Repression. Diese aber ist mit der rechtsstaatlichen Demokratie unvereinbar. Es geht dabei nicht nur um die Interessen der unmittelbar Betroffenen, sondern auch um das Interesse der freien und demokratischen Gesellschaft als Ganzes. Diese Gesellschaft ist nur solange eine wirklich offene Gesellschaft, als man der Kritik und dem Entstehen für Alternativen nicht den Atem abklemmt.»

Zu dieser Sendung sind einige formelle und materielle Anmerkungen notwendig.

Formelle Kritik

1. Die Sendung erweckt den Eindruck, als habe ein Gespräch unter Anwesenden stattgefunden. Somit konnten Hörer zum Schluss kommen, ich hätte die Unterstellung von Barbara Gurtner und die Behauptungen von Richard Bäumlin nicht zu beantworten gewusst. Der Eindruck ist falsch.

2. Es sind vorsätzlich ungleiche Voraussetzungen für die einzelnen Voten geschaffen worden. Meine Äusserung wurde aufgenommen und dann den übrigen Sprechern zur Beantwortung vorgelegt. Mir dagegen war jede Möglichkeit genommen, mich meinerseits auf ihre Aussagen zu beziehen, von denen ich nichts wusste.

3. Von dieser beabsichtigten Missachtung der Chancengleichheit war in der Ankündigung («Was meinen bernische Nationalratskandidaten...?») keine Rede. Zur willkürlichen Einseitigkeit der «Spielregel» kam noch ihr Verschweigen vor dem Hörer.

4. Ich selber bin als Teilnehmer über diese Bedingungen nicht orientiert worden. Meine beiden Antworten (auf Fragen von Heinz Däpp), für die mir die grösste Kürze nahegelegt worden war, sind am 20. September aufgenommen worden. Erst nach der ausgestrahlten Sendung wurde ich gewahr, dass man sie den andern Teilnehmern als Grundlage ihrer eigenen Diskussionsbeiträge zur

Kenntnis gebracht hatte. Für eine Beanspruchung des verweigerten Gegenrechts war es zu spät.

5. So könnte Barbara Gurtner unwidersprochen unterstellen, ich hätte keine Beispiele für rechtswidrige Agitation und Infiltration aufführen können. So konnte sie mich bezichtigen, ich wolle die Demokratie abbauen. So konnte Richard Bäumlin eine Schlusswertung mit schieren Behauptungen vornehmen.

6. Heinz Däpp hat mit dieser Sendung eine bewusste und eindeutige Manipulation vorgenommen. Er hat ein geheimes Einverständnis mit einigen Teilnehmern zum Nachteil eines Dritten gepflegt, d. h., er hat Kollusion betrieben. Er hat ein öffentliches Monopolmedium dazu benutzt, um Gesprächspartner nach seinem Gutdünken zu bevorzugen oder zu benachteiligen.

7. Das hat mit Freiheit der eigenen Auffassung nichts zu tun, sondern stellt eine Behinderung anderer Auffassungen dar. Sozusagen: Die Arier dürfen kommentieren, was der Jude gesagt hat. Vorwertung durch Rollenverteilung: Gehört das zu den Privilegien eines SRG-Mitarbeiters? Oder zu den Verletzungen seines Pflichtenheftes?

8. Das ist eine persönliche Erfahrung aus einer Sendung. Wie viele Beispiele gibt es noch, wenn die Mentalität so ist?

Materielle Kritik

1. Heinz Däpp behauptet in seiner Einführung, von der ich erst nach der Sendung Kenntnis erhielt, die Polizei habe eine öffentlich ausgeschriebene Bildungsveranstaltung der PdA «überwacht». Wieso soll das Ueberwachung sein, wenn man eine «öffentlich ausgeschriebene Veranstaltung» besucht? «Alle sind eingeladen; Eintritt für Unbefugte verboten.» Auch eine Logik.

2. Indem Barbara Gurtner sich auf meine Antwort bezieht, erweckt sie den Eindruck, als habe ein Gespräch unter Anwesenden stattgefunden. So konnte sie mir vorwerfen, ich hätte keine Beispiele für Verstösse gegen staatsrechtliche und demokratische Gepflogenheiten genannt. Das war mir wegen der auferlegten Zeitbegrenzung nicht möglich gewesen. Und die Unterstellung konnte ich nicht widerlegen, weil mir die Behauptung von Barbara Gurtner vorenthalten wurde, während sie meine Aussage kannte.

3. Nun bin ich durchaus in der Lage, einige öffentlich einsichtige Beispiele zu nennen. Allerdings kann ich keine erschöpfende Liste aufführen, weil ich nicht die Möglichkeit habe, jene «geheimen Dossiers» zu führen, von denen Richard Bäumlin spricht. Solche Dossiers führen und veröffentlichen andere Leute, denen das Richard Bäumlin nicht vorwirft. Etwa in der Form des Buches «Demokratie von Fall zu Fall», 1976 herausgegeben von Max Schmid, oder neustens die Kompilation «Die unheimlichen Patrioten» der Herren Frischknecht (Demokratisches Manifest), Haffner (focus), Haldimann («Tages-Anzeiger») und Niggli (focus und Soldatenkomitee). Ueberdies werden solche Dossiers zu einem McCarthyismus (Schuld durch Verbindung) mit andern Vorzeichen verwendet. Und dann lastet man dem politischen Gegner die eigenen Praktiken an. Methode «Haltet den Dieb!».

4. Und nun meine Beispiele aus öffentlicher Tätigkeit. Es war die POCH, die 1974/75 öffentlich

Geld gesammelt hat, um den Allende-Anhängern in Chile Waffen schicken zu können. Pikanterweise waren unter den Geldsammlern auch Leute, die das Waffenausfuhrverbot befürwortet hatten. Zu den widerrechtlichen und undemokratischen Mitteln rechne ich ferner die Unterstützung gewaltsamer AKW-Geländebesetzungen und Verkehrsbehinderungen. Ebenso Hausfriedensbruch und Aktenentwendung, wie sie vom «Demokratischen Manifest» praktiziert worden sind. Weiter etwa die Gewährung von Unterschlupf für die polizeilich gesuchte Petra Krause in Zürich.

5. Zu widerrechtlichen Handlungen führen oder verführen könnte ein Hinweis von Fredi Hänni in der «Berner Tagwacht» vom 23. 12. 1978: Piratensender seien «ein paar Leute», die «eine wichtige neue Infrastruktur aufbauen für die Linke, für die Bewegung, d. h. für Leute, die sich wehren gegen den Staat, gegen die Polizei, gegen das Patriarchat, kurz, gegen die ganze Scheisse...». Und: «Wer etwas gesendet haben will, gibt sein Tonband im 'linken Kuchen' weiter, und das landet dann bei uns.» Hier wird die *Grauzone*, in der politische Meinungsbildung und strafbares Tun zusammenfliessen, in Selbstdarstellung als linker Kuchen bezeichnet. Zur Grauzone zähle ich schliesslich das focus-Interview «AKW-Saboteure haben das Wort» (Juni 1979): Das ist Kollusion.

6. Richard Bäumlin erweckt den Eindruck, als gehe es um die Ueberwachung von jenen, die Grundsatzkritik üben. Das ist überhaupt nicht die Frage. Kritik, Grundsatzkritik, auch das Bekenntnis zu revolutionären Zielen sind eine Frage der Gesinnung und stehen jedermann frei. Die Anwendung «revolutionärer» Mittel ist etwas ganz anderes, keine Frage von Worten, sondern von Taten. Und wer nun seine Bereitschaft erkennen lässt (in allen meinen Beispielen trifft das zu), seine plakatierten revolutionären Ziele auch mit rechtswidrigen Mitteln zu erreichen (die Selbst- und Freunddarstellung preist sie direkt an), der muss tatsächlich überwachet werden, und selbstredend nicht wegen seiner politischen Ansichten. Sondern weil der Staat die Pflicht hat, widerrechtliche Handlungen zu verhindern.

7. Die «Grauzone» ist deckungsgleich mit dem halb- und ganzkonspirativen Verhalten extremistischer Organisationen. Für den «Gummicharakter» der «Grauzone» ist die Gummitaktik der Extremisten verantwortlich, nicht der Staat.

8. Die Grauzone liegt im Bereich zwischen eindeutig erlaubter politischer Tätigkeit und eindeutig strafbarem Verhalten. Wer sich in dieser Zone der Zweideutigkeit bewegt, hat sie selbst aufgesucht.

9. Ideologische Disposition kann zur Grauzone führen. Wer sich etwa zum Nationalsozialismus oder zum Sowjetsozialismus bekennt, hat damit zwar den Boden demokratischer Institutionen durchaus nicht verlassen, aber er zieht die Vermutung auf sich, dass er bereit ist, die gleichen Mittel anzuwenden, mit denen die Träger dieser Ideologien an die Macht gelangten und an der Macht verblieben. Diese Möglichkeit macht sie objektiv suspekt. Wenn freilich Prof. Bäumlin der Ansicht ist, Nazi-Propagandisten seien unverdächtig, dann braucht er das nur zu sagen.

10. Wer auf dem Boden demokratischer Institutionen steht und diese sogar von Grund auf re-

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zwergerstr. 35, 8004 Zürich

formieren will, benötigt kein Bekenntnis zu National- oder Sowjetsozialismus.

11. Sicher wäre der Meinung zu widersprechen, «jeder, der Grundsatzkritik an unserem System übe, sei deswegen auch schon im Begriff, rechtswidrige Mittel anzuwenden». Aber wer vertritt eigentlich diese Meinung? Bäumlin unterstellt sie beiläufig als Gegebenheit, um auf eine bequeme Fragestellung zu kommen.

12. Wir, sagt Bäumlin, geraten in eine «schleichende Repression», wenn «jede tiefgreifende Kritik an unserer Gesellschaft, zum Beispiel am Wirtschaftssystem, der Grauzone zugerechnet wird». Nur: Wer hat denn überhaupt «tiefgreifende Kritik» der Grauzone zugerechnet? (Beispielhalber: Propaganda für AKW-Sabotage ist keine wie immer geartete Kritik. Sie kann durch Kritik egal welcher Tiefe oder Oberflächlichkeit begründet sein, aber das macht sie nicht zur «Kritik».)

So gesellt sich Bäumlins «Information» zu Däpps Manipulation, und das Ergebnis ist ein Musterbeispiel für das, was in einem Monopolmedium nicht geschehen dürfte und doch geschieht.

★★★

Der Zufall wollte es, dass ich drei Tage vor dieser Sendung eine öffentliche Diskussion mit Prof. Bäumlin über das Thema «Demokratie und ihre Möglichkeiten» geführt habe. Diesen Problemkreis berührte ja auch die Radiosendung. Daher veröffentliche ich nachstehend die Thesen, die ich zur Eröffnung des Gesprächs vorgetragen habe. Diese Thesen seien auch hier zur Diskussion gestellt.

8 Thesen zum Thema «Demokratie und ihre Möglichkeiten»

Motto: Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform — mit Ausnahme all jener, deren Realisierung versucht worden ist. (Churchill)

1. Demokratie heisst Volksherrschaft, die durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Wahlen, Abstimmungen und andere Meinungsäusserungen sind deshalb der Ort, wo Wünsche und Möglichkeiten optimal in Uebereinstimmung gebracht werden. Eine solche Uebereinstimmung kann allerdings nie ideal sein, weil dem Menschen als unvollkommenes Wesen die absolute Wahrheit vorenthalten bleibt.
2. Demokratie ist offene Gesellschaft, weil sie auf Freiheit und Toleranz beruhen muss. Freiheit und Toleranz fordern, dass jeder Glaubensinhalt geäussert werden kann, um mitzugestalten, aber keiner mit Gewalt aufgezwungen werden darf, um allein zu gestalten. Daher muss das Mitgestaltungsrecht grundgesetzlich verankert und rechtsstaatlich gesichert werden, um ein Alleingestaltungsrecht auszuschliessen.
3. Demokratie ist eine schwache Staatsform, weil sie auf den Konsens des Volkes angewiesen ist und diesen nicht erzwingen kann, solange kein Notstand herrscht. Es gehört zur unveräusserlichen Aufgabe der Demokratie, dass sie sich vor jeder Gewaltanwendung wirksam schützen muss, indem sie für den Notstand vorsorgt.

4. Demokratie sichert Freiheit dank ihrer Ordnung: Der einzelne muss sich der Ordnung als Pflicht unterstellen, um Freiheit als Recht zu sichern.
5. Demokratie ist mithin eine Form der Organisation menschlicher Gemeinschaft und keine Ideologie. Sie steht zwischen Diktatur einerseits, wo die Ordnung absolut gesetzt und der Mensch nur Mittel ist, und Anarchie andererseits, wo der Staat praktisch nicht existiert und das Individuum als absolut frei und nur als Ziel in sich selbst gefasst wird.
6. Demokratie ist eine Realität, die an andern Realitäten gemessen werden muss. Verkündigung oder Verheissung einer besseren Ordnung ist kein realer Gegensatz zur Demokratie.
7. Demokratie ist der Rahmen für die Entwicklung menschlichen Bewusstseins und Daseins in höchstmöglicher Freiheit und erträgt keine Verbreitung von Hass gegen Mitmenschen.
8. Demokratie entwickelt sich mit Hilfe von Reformen, die indessen Volksmehrheiten gewinnen müssen, auch wenn dies Zeit beansprucht. Der damit verbundene und erzwungene Lernprozess ist Voraussetzung für die Selbstverwirklichung des Menschen, ohne dass er überfordert wird. ■

B 6869 EX

Einzelheft DM 6,- / 85 42.- / 1 Jhr 6,-

Zeitbühne

begründet von William S. Schlamm

Oktober 1979 8. Jahrgang

Heft 10

Von Monat zu Monat
 Calamity Jim
 Von Otto von Habsburg
 Vom Unfug weltweiter Missionierung für die Demokratie
 Von Heinzgeorg Neumann
 Von Heinzgeorg Neumann
 Seitenblicke auf Meggles England
 Von Erich Thanner
 Kritik der „kritischen Jugend“
 Von Heinz Karst
 Amerika — Europa: Das große Mißverständnis
 Von Erik von Kuehnelt-Leddihn
 Die Manie der Vereinfachung
 Von Thomas Thierack
 Unregierbarkeit am Beispiel Gorleben
 Von Jürgen Thierack
 Das Jahrhundert der Uminge?
 Von Hans-Georg von Stüdnitz
 Deutsch in Israel
 Von Erich Gottgeheu
 Grande Destra und Eurodestra
 Von Bruno Zoratto

Die «Zeitbühne» wird von Otto von Habsburg herausgegeben. Namhafte Autoren der internationalen Publizistik kommentieren das aktuelle Geschehen und machen Alternativen sichtbar. Die «Zeitbühne» versteht sich als engagiert politisches Organ, das niemandem verpflichtet sein will.

Lernen Sie die «Zeitbühne» kennen. Schicken Sie den Informationsgutschein an: «Zeitbühne», William S. Schlamm Verlag, Postfach 1625, D-8858 Neuburg 1.

Informations- Gutschein

für kostenlose, unverbindliche Zusendung von zwei Probeheften der «ZEITBÜHNE».

(bitte an folgende Adresse:)
